

CHANCEN



Der türkische
Präsident
Erdoğan mit
einem Viert-
klässler. Im
Hintergrund ein
Porträt des
Staatsgründers
Atatürk. Der soll
im Unterricht
künftig eine
kleinere Rolle
spielen



Foto: Kayhan Ozer/Anadolu Agency/Getty Images; Illustration: Doreen Borauzki für DIE ZEIT (o.)

Kleine Gehirnwäsche

Mit Lehrplan-Reformen versuchen autoritäre Regierungen in Europa, eine neue Gesellschaft zu formen

Evolutionslehre – wozu?

Türkei Am 13. Januar 2017 stellte das türkische »Ministerium für Nationale Erziehung« (MEB) einen neuen Lehrplan vor, der das Land verändern wird. Er gilt für Grundschulen wie für Gymnasien, mehr als 17 Millionen Schüler sind davon betroffen. Das überarbeitete Curriculum wird kommende Generationen ganz im Sinne des Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan prägen – es löst bei vielen Eltern Unbehagen aus, auch Wissenschaftler und Oppositionspolitiker äußern heftige Kritik.

Der größte Kritikpunkt: Die neuen Lehrpläne ebnet dem Islam den Weg in die Klassenzimmer und degradieren den Säkularismus zur Nebensache. In den Religionsbüchern werden nun etwa Atheismus und Agnostizismus als »problematische Überzeugungen« oder »Krankheiten« bezeichnet. Größter Einschnitt: Die Evolutionslehre ist gestrichen. Darwins wissenschaftliche Erkenntnisse seien alt und verdorben, so Numan Kurtulmuş, stellvertretender Ministerpräsident der Regierungspartei AKP. Der Bildungsminister İsmet Yılmaz begründete die Verschlankung der Lehrpläne damit, dass die Türkei bei den Pisa-Studien schlecht abschnide und überflüssige Themen deshalb gestrichen werden müssten.

Das kommt für viele nicht überraschend: »In diesem Land wird man schon bei der Erwähnung von Darwins Namen als Ungläubiger beschimpft«, klagt eine Lehrerin der Istanbuler İstek-Schule. »Kein Wunder, dass die Regierung beschlossen hat, ihn gänzlich aus dem Lehrplan zu entfernen.« Nicht nur Darwin, auch Staatsgründer Mustafa Kemal Atatürk wurde Opfer des neuen Curriculums. So sollen Grundschüler nur noch das Aller-nötigste über ihn erfahren.

Mehr Raum gibt es dagegen für die Religion: Schon in einer Rede im Jahr 2012 hatte Erdoğan

verkündet, eine »fromme Generation« heranziehen zu wollen. Dafür legt er sich ins Zeug: Nicht nur mehr religiöse Inhalte sollen in die Klassenzimmer Einzug halten. Mit seiner AKP treibt er auch den Ausbau von sogenannten Imam-Hatip-Schulen voran – Berufsschulen für angehende Imame und Prediger, die aber jedem Schüler und jeder Schülerin offenstehen. Im Jahr 2002 besuchten diese Einrichtungen 65 000 Schüler, 2016 waren es schon 1,5 Millionen. Auch Erdoğan ging auf eine Imam-Hatip-Schule, Lehrer und Mitschüler nannten ihn wegen seiner Frömmigkeit »Koran-Nachtigall«. In den kommenden drei Jahren sieht die Regierung 441 Millionen Euro für diese Schulen vor, die Kritiker als islamische Kaderschmieden bezeichnen. Für die technisch-naturwissenschaftlichen Schulen gibt es vom MEB nur 27 Millionen Euro.

Künftig bekommt natürlich auch der Putschversuch von 15. Juli 2016 viel Platz zugewiesen. Schüler sollen unter anderem etwa in Aufsätzen »die Rechtsstaatlichkeit und das Demokratieverständnis angesichts des antidemokratischen Putschversuchs« erläutern.

Das Stichwort Rechtsstaatlichkeit wirkt dabei recht deplatziert: Seit dem gescheiterten Putsch wurden etwa 128 000 Staatsbedienstete suspendiert und rund 47 000 festgenommen – ihnen wird unterstellt, eine Verbindung zu einer »bewaffneten terroristischen Vereinigung zum Sturz der Regierung« zu haben. Gemeint ist die Bewegung des in den USA lebenden Predigers Fethullah Gülen. Erdoğan beschuldigt ihn, Drahtzieher des Putschversuchs zu sein.

Die Lücke, die aufgrund dieser »Säuberung« in den Klassenzimmern entstanden ist, wurde bereits größtenteils aufgefüllt – mit Personal aus den Reihen der AKP-Anhänger. **MIRAY CALISKAN**



Lehrer als Meister

Frankreich Was wird aus Frankreichs Schulen, falls das Land am 7. Mai Marine Le Pen vom rechtsextremistischen Front National (FN) zur Präsidentin wählt? Le Pen hat ihre eher braven bildungspolitischen Vorstellungen etwas versteckt: in Punkt 101 bis 107 ihres in anderen Fragen wie der Einwanderungspolitik reißerischen Wahlprogramms. Grundschüler sollen endlich wieder richtig Französisch lernen und ihren Lehrer als Meister anerkennen: Das ist die Erziehungsmaxime Le Pens. Sie verspricht zudem Uniformen an allen Schulen und will die Hälfte des gesamten Grundschulunterrichts dem Fach Französisch widmen. Ausfallen soll dagegen ein Fach, das den Schülern bislang andere Sprachen näherbringt. Viel konkreter wird es nicht. Le Pen tritt für die laizistischen Prinzipien der französischen Schule ein – kein Religionsunterricht und keine religiösen Symbole an den Schulen. Sie will die politische Neutralität der Lehrer stärker betont wissen und Schulen besser vor Attentaten schützen.

Interessant ist, dass sie sich im Universitätsbereich just auf jene berühmten Elite-Produktionsstätten verlassen will, deren Absolventen sie im politischen Alltag immer kritisiert: nämlich auf Frankreichs sogenannte *grandes écoles*, von denen so viele der französischen Spitzenpolitiker und -beamten stammen. »Verteidigung des französischen Hochschulmodells« nennt das Le Pen in ihrem Programm. Als gelte es auch hier, die Nation gegen den Rest der Welt zu verteidigen. **GEORG BLUME**



Die polnische Sicht der Dinge

Polen An jedem Zehnten des Monats bleiben in Polen viele Klassenzimmer leer. Eltern und Lehrer protestieren an diesem Tag gegen die von der konservativen Regierungspartei PiS beschlossene Schulreform. Sie schicken ihre Kinder nicht zur Schule und verweigern den Unterricht. Von der Stadt Zielona Góra, die am 10. Januar den ersten Schulstreik vermeldete, breiten sich die Proteste im ganzen Land aus. Von September an soll die Schulreform greifen. Lehrpläne sollen umfassend verändert, die Verwaltungen zentralisiert und die Mittelschulen, in Polen »Gimnazjum« genannt, abgeschafft werden.

Jacek Staniszewski ist Geschichtslehrer aus Warschau und Direktor eines Gimnazjums. Die neuen Lehrpläne schockieren ihn: »Wir Lehrer sollen unseren Schülern wieder die alten Freund-Feind-Bilder beibringen«, sagt er. In dem neuen, nationalistischen Geschichtsbild der PiS sei kein Raum für Grautöne. »Gegenwärtig sprechen wir in Bezug auf den Zweiten Weltkrieg von den »Nazis« als Tätern. Nach dem neuen Lehrplan sollen wir von den »Deutschen« als Tätern sprechen.«

Während der Regierungszeit der liberalen Bürgerplattform (PO) hat Staniszewski die Politik in Bildungsfragen beraten. Jetzt ist seine Meinung nicht mehr gefragt. Die dunklen Flecken der polnischen Geschichte sollen die Lehrer ausblenden, denn für Parteichef Jarosław Kaczyński sind sie eine unerwünschte »Pädagogik der Scham«, wie er sagt. Das Ziel der Regierung sei es, die polnische Sicht der Dinge stärker hervorzuheben. PiS-treue Geschichtslehrer werden ihren Schülern in Zukunft wohl kaum etwas von dem antisemitischen Pogrom von Jedwabne erzählen. Polnische Dorfbewohner hatten im Jahr

1941 ihre jüdischen Nachbarn in einer Scheune eingesperrt und verbrannt.

Der Lehrer Jacek Staniszewski will seine Sicht auf die polnische Geschichte aber nicht aufgeben, in der Klasse stehe er schließlich alleine vor den Schülern. »Ich werde ihnen auch weiterhin beibringen, dass nicht alle Deutschen Täter und nicht alle Polen Helden oder Opfer waren«, sagt Staniszewski.

Die Reformen betreffen nicht nur den Geschichtsunterricht: In Geografie soll es künftig mehr um Polen und weniger um den Rest der Welt gehen. Für das Fach Religion soll es mehr Stunden geben, Physik und Chemie wurden in den Klassen fünf und sechs dagegen vom Stundenplan gestrichen.

Und durch die Abschaffung des Gimnazjums, der Mittelschule, würden die Schüler wieder acht Jahre lang in die Grundschule gehen – wie zu Zeiten der Volksrepublik. Ein Akt der Sentimentalität ohne jeglichen

Nutzen, so Kritiker: »Die Reform ist inhaltlich weder sinnvoll noch notwendig«, sagt Grażyna Hołys-Warmuz von der Lehrgewerkschaft ZNP. Deswegen wehren sich Eltern, Schüler und Lehrer und werben für ein Referendum. Fast 910 000 Unterschriften haben sie schon gesammelt. Schon mit 500 000 ist eigentlich das Recht auf ein Volksbegehren erreicht. Trotzdem hat sich Premierministerin Beata Szydło gegen ein Referendum ausgesprochen.

Und Bildungsministerin Anna Zalewska sträubt sich hartnäckig, mit Kritikern ins Gespräch zu kommen. Als am 31. März laut ZNP 37 Prozent aller Lehrer streikten, war ihr einziger Kommentar: »Das ist eine Ermunterung zum Schwänzen!« **MIA RABEN**



Dominiert von Kirche und Adel

Ungarn Ein Mensch lebt auf einem schönen Bauernhof. Er bewirtschaftet ihn fleißig, und was er pflanzt, gedeiht. Bis die Ratten kommen. So geht eine Parabel, die der ungarische Adlige Albert Wass im Jahr 1944 schrieb, kurz bevor er mit den deutschen Truppen vor der Sowjetarmee floh. Die Ratten vermehren sich rasch und vertreiben den Menschen von seinem eigenen Hof. Als er fort ist, fressen sie alles auf, zerstören den Hof. Mit dem Aufruf »Handelt entsprechend!« beendet Wass sein *Lebliches Märchen für junge Ungarn*. Damals wie heute ist klar, wen er mit den Ratten meint: die Juden. Albert Wass war Antisemit.

Heute werden seine Märchen in Ungarn wieder als Schullektüre empfohlen. Im »Nationalen Lehrplan«, den die konservative Regierung unter Ministerpräsident Viktor Orbán verbindlich für alle Schulen ausgearbeitet hat. 2010 hatte sie mit absoluter Mehrheit die Wahlen gewonnen und sofort begonnen, das Land nach ihren Vorstellungen umzustrukturieren. Allein im ersten Jahr brachte die Regierung mehr als 300 Gesetze durch das Parlament. Die konservative Elite sah nach ihrem Wahlsieg die Möglichkeit, ihre Sicht der ungarischen

Kultur und Geschichte allgemeingültig zu machen und die Dominanz liberaler und linker Traditionen zu brechen. Auch in den Schulen.

Konservative Kulturpolitiker nutzten die Gelegenheit, »volkstümlichen« Autoren wie Albert Wass mehr Geltung zu verschaffen. Natürlich lässt sich die Geschichte der ungarischen Literatur nicht über Nacht umschreiben. Schriftsteller wie der Nobelpreisträger Imre Kertész sind nach wie vor Teil des Nationalen Lehrplans. Aber dass ein Autor wie Albert Wass im schulischen Kanon überhaupt vorkommt, ist für viele eine Provokation. »Wir halten es für inakzeptabel«, ließ die Vereinigung der Ungarisch-Lehrer wissen. Der Schriftsteller und Historiker György Dalos formuliert: »Das ist nicht nur politisch unerträglich, sondern zeugt auch vom schlechten Geschmack der Leute, die heute in Ungarn das literarische Gedächtnis hüten wollen.«

Albert Wass begann zwischen den beiden Weltkriegen zu schreiben, als Ungarn ein Königreich ohne König war, regiert vom Reichsverweser Miklós Horthy. Diese Epoche soll nach dem Willen der Regierung im Bewusstsein der Ungarn wieder an



Raum gewinnen. Als Vorstellung einer Zeit, in der sich die ungarische Gesellschaft in einer gottgewollten, harmonischen Ordnung befand, dominiert von Kirche und Adel. Eine konservative Deutung dieser Periode, die die antisemitischen Gesetze der Ära Horthy vernachlässigt.

Die »richtige« Interpretation der eigenen Geschichte ist in Ungarn seit der politischen Wende Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen, auch weil die Vergangenheit oft als Rechtfertigung für die aktuelle Politik benutzt wird. Orbáns Reden sind voller historischer Anspielungen und appellieren an das Selbstbild der Ungarn als missachtete, unterdrückte Nation, die sich endlich behaupten müsse.

Der Historiker György Dalos sagt: »Es wäre wünschenswert, dass die Geschichtsdeutung eine gewisse Ruhe hat und nicht irgendeinem politischen Auftrag unterliegt.« Aber dazu gehörten Lehrbuchschreiber, »die unabhängig von der Regierung sind und die den Auftrag aufgrund ihrer Fähigkeiten bekommen und nicht wegen ihrer Parteizugehörigkeit.«

2011 begann die Regierung mit der großen Schulreform. Die Schulen, bisher von den über-

schuldeten Kommunen betrieben, wurden einem eigens gegründeten staatlichen Institut untergeordnet. Sie verloren jede Autonomie. Einheitliche, detaillierte Lehrpläne wurden ausgearbeitet. All dies diene der Qualitätssicherung, argumentierte die Regierung.

»Im Allgemeinen werden die Lehrpläne zur Indoktrination einer christlichen, volkstümlichen, nationalistischen Ideologie genutzt«, sagt der regierungskritische Bildungsforscher Péter Radó. Das Familienbild im Nationalen Lehrplan ist ein christliches. Mann und Frau gründen eine Familie. Verhütung heißt »Familienplanung«, und andere Lebensformen werden nicht thematisiert. Die Tendenz, Minderheiten und alternative Lebensentwürfe auszuschließen, sieht Péter Radó noch dadurch verschärft, dass der ungarische Staat viele seiner unterfinanzierten Schulen an die wohlhabenden Kirchen übergibt. In einigen Dörfern oder kleinen Städten gibt es nur noch konfessionelle Schulen. Der Staat und die Kirche verkörpern für Orbán die Einheit der Nation, sagt Radó.

Aktuelle Ereignisse werden gemäß den Vorstellungen der Regierung behandelt. Im Geschichtsbuch der achten Klasse geht es um die Flüchtlingskrise.

Abgedruckt ist eine Rede von Orbán, darin heißt es, dass Ungarn, im Unterschied zu ehemaligen Kolonialmächten, ein homogenes Land sei und bleiben wolle. Unter dem Text werden die Schüler aufgefordert, folgende Frage zu beantworten: Was meinst du, warum müssen Länder, die früher Kolonien hatten, ihre Einstellung zur Einwanderung ändern?

Dass die Pisa-Ergebnisse der ungarischen Schulen kontinuierlich schlechter wurden, führt Radó auf bildungspolitische Gründe zurück. Überlastet und frustriert, seien die Lehrer in die innere Emigration gegangen. Bis es Anfang 2016 zur Explosion kam. Zehntausende Lehrer demonstrierten in Budapest gegen Unterfinanzierung, Gängelung und Kontrolle. Gemeinsam haben sie jetzt Verhandlungsvorschläge für die Regierung erarbeitet, in denen sie vor allem ihre Autonomie zurückfordern. Radó hat daran mitgearbeitet. Und die Regierung reagierte. Zum Herbst nächsten Jahres soll ein neuer Nationaler Lehrplan erstellt werden. Allerdings wurde an seiner Ausarbeitung die Zivile Bildungsplattform, wichtigstes Sprachrohr der Pädagogen, nicht beteiligt. Péter Radó glaubt nicht, dass die Schulen ihre volle Autonomie zurück erhalten werden. **SUGÁRKA SIELAFF**